

„Zwingt Ärzte zur Abtreibung“

Ein Bericht von Jugend für das Leben über den europäischen Kongress der internationalen Abtreibungsvereinigung FIAPAC in Wien

Von Mag. Gernot Steier und Norbert Steinacher

Im September fand in Wien der sechste Kongress der „Internationalen Vereinigung von Fachkräften und Verbänden zu Schwangerschaftsabbruch und Kontrazeption“ (FIAPAC) statt. Etwa 370 Verfechter eines „Rechts auf Abtreibung“ – viele davon selbst Abtreibungsärzte – berieten dort über die medizinische und politische Entwicklung und Förderung der Abtreibung in Europa und der ganzen Welt. Die „Jugend für das Leben Österreich“ hat den Rechtsanwalt Mag. Gernot Steier als Korrespondenten zum Kongress entsandt, um Lebensrechtsorganisationen „aus erster Hand“ informieren zu können. Gemeinsam mit Norbert Steinacher, dem Generalsekretär der „Jugend für das Leben Österreich“, hat er anhand der Tonbandabschriften für LebensForum den folgenden Bericht verfasst.

Joyce Arthur, die Leiterin des kanadischen „Pro Choice-Action Network“, plädierte in ihrem Vortrag für die Änderung

der Sprache in Bezug auf Frau und Mutterschaft. Man dürfe sich nicht der patriarchalisch geprägten Sprechweise bedienen, die Mutterschaft als Teil des Frauenseins sehe. Auch müsse beispielsweise in Bezug auf die Abtreibung eine Bedeutungswandlung herbeigeführt werden. Wesentlichster Punkt sei, die Abtreibung als moralisch gute und grundsätzlich positive Entscheidung zu sehen. Es sei nicht genug, die Abtreibung zu akzeptieren, sondern sie müsse als guter Ausgang („good end“) einer Schwangerschaft betrachtet werden.

Abtreibung als „guter Ausgang“ einer Schwangerschaft

Schließlich forderte Joyce Arthur noch, die Abtreibung in das normale Gesundheitssystem zu integrieren, um Barrieren und Schwellen abzuschaffen. Gunta Lazdane, die Delegierte der Weltgesund-

heitsorganisation (WHO), betonte daraufhin: Es sei notwendig, Ärzte durch das Gesetz zu Abtreibungen zu zwingen, weil sie es sonst nicht tun würden.

Dr. Gabriele D. Halder, Frauenärztin und Mitarbeiterin des Familienplanungszentrums in Berlin, referierte über Abtreibungen mit der Abtreibungspille Mifegyne in Privatpraxen. In Deutschland werde die Abtreibung mit dem chemischen Präparat nicht angenommen. 1993 seien in Deutschland 111.236 Abtreibungen registriert worden, 2003 rund 128.000, von denen nur ca. 8.000 mit Mifegyne durchgeführt worden seien. Sie sieht ein Problem darin, dass viele Abtreibungen in privaten Praxen bzw. Tageskliniken vorgenommen werden. Diese Ambulatorien würden etwa zur Hälfte von Gynäkologen und zur Hälfte von Anästhesisten betrieben. Die Anästhesisten hätten überhaupt kein Interesse daran, dass Abtreibungen mit chemischen Präparaten stattfinden, weil sie dabei kein Geld verdienen.

Maria Frances aus den Niederlanden berichtete über den Abtreibungstourismus in Europa. 1980 seien 26.000 deutsche Frauen in die Niederlande gekommen, um eine Abtreibung vornehmen zu lassen, weitere 18.000 hätten in Großbritannien abtreiben lassen. Dabei handle es sich vor allem um Abtreibungen zwischen der 12. und 24. Schwangerschaftswoche. 2003 seien insgesamt nur noch 10.000 deutsche Frauen in die Niederlande und nach Großbritannien gefahren, um eine Abtreibung im zweiten Trimester vornehmen zu lassen. Aufgrund der teil-



Aktivisten der „Jugend für das Leben“ demonstrieren vor dem Wiener Rathaus.

weise restriktiven Gesetze in den neuen EU-Ländern (vgl. LebensForum Nr. 71) werde für die Zukunft mit einem Andrang von Frauen aus Osteuropa gerechnet.

Jugend für das Leben verdirbt Abtreibungsprofis den Appetit

Ein weiterer Punkt wurde durch Anne van Lancker, Sozialdemokratin und Abgeordnete des Europäischen Parlaments, eingeworfen. Nach ihren Erkenntnissen ist grundsätzlich jede gesetzliche Regelung der Abtreibung eine Hürde für die Frau und senkt dadurch die Abtreibungszahlen. Sie selbst warnt vor dem Argument, dass liberale Gesetze die Zahl der Abtreibungen senken würden, weil sich das statistisch nicht bewahrheitet hat. Das führe zu einem Erklärungsnotstand beziehungsweise dem Verlust der Glaubwürdigkeit. In Finnland steigt beispielsweise die Zahl der Abtreibung bei Jugendlichen seit drei Jahren stark an.

Wanda Nowicka aus Polen ist eine professionelle hauptamtliche Abtreibungsaktivistin. Sie empfiehlt den Abtreibungsorganisationen einen vorsichtigen Umgang mit dem Argument, ein liberales Gesetz verhindere, dass Frauen bei unsicheren Schwangerschaftsabbrüchen sterben. Seit Einführung der strengen Gesetze in Polen 1990 sei die Sterblichkeit in Zusammenhang mit Schwangerschaften nämlich gesunken.

In den Diskussionen wurde mehrmals betont, dass es in der Auseinandersetzung um die Abtreibung von entscheidender Bedeutung sei, dass die ungeborenen Kinder rechtlich nicht geschützt wären, also keinen eigenen Rechtsstatus haben. Insbesondere in den Diskussionen nach dem Vortrag von Joyce Arthur wurde klar gesagt, dass es nicht darum geht, die Zahl von Abtreibungen zu reduzieren oder das Leben von Frauen zu schützen, sondern darum, dass es ein Grundrecht der Frauen sei, Geschlechtsverkehr ausschließlich zur Lustbefriedigung auszuüben, überall und jederzeit sicher abtreiben lassen zu können und in Fortpflanzungsfragen alleine zu bestimmen. Es sei wichtig, dass die Abtreibung nicht schlechter als eine Geburt oder als Notlösung empfunden werde, sondern als eine normale und gute Entscheidung der Frau.

Im Zusammenhang mit der Diskussion Abtreibungspille versus chirurgischer

Eingriff wurde immer wieder betont, dass es für die Frauen wichtig sei, dass die Abtreibung möglichst unauffällig erfolge und niemand davon wisse. Denn es werde bereits als Belastung empfunden, dass in Großbritannien eine Frau für eine Abtreibung eine Überweisung durch ihren Hausarzt benötigt.

Die „Jugend für das Leben“, die erst vier Tage vor Beginn der Veranstaltung von dem Kongress in Wien erfuhr, berief sogleich eine Krisensitzung ein und überlegte, wie sie den Anlass für ihre Arbeit als Lebensrechtler trotz des hohen Zeitdrucks nutzen konnte.

Als erste Maßnahme organisierte sie eine Kundgebung. Am 11. September, dem Jahrestag der Terroranschläge in Amerika, fand im Wiener Rathaus für die Kongressteilnehmer auf Einladung der Sozialdemokratischen Partei Österreichs, die auch den Bürgermeister der Bundeshauptstadt stellt, ein großer Empfang statt. Fast drei Stunden lang belagerte die „Jugend für das Leben“ den Weg von der U-Bahn-Station ins Rathaus, um den Abtreibungsspezialisten, die sich auf eine Verköstigung im noblen Ambiente freuten, wenigstens den Appetit zu verderben. Behängt mit Schildern, denen der Schriftzug „Abtreiber gehen über Leichen“ zu entnehmen war, sorgten die Mitglieder der „Jugend für das Leben“ für eine Klärung des Berufsbildes. Zwei große Transparente brachten den Protest der Lebensrechtler gegenüber der im Wiener Rathaus glorifizierten Kultur des Todes weithin sichtbar zum Ausdruck: „Abtreibung tötet, Menschenrechte auch für Ungeborene!“

Jede Entscheidung fürs Kind ist ein ökonomischer Verlust

Tags zuvor hatte Dr. Fiala, der Leiter der Abtreibungsklinik „Gynmed“ in Wien und Vorsitzender des Abtreibungskongresses, eine Pressekonferenz organisiert, bei der ein „Recht auf Abtreibung“ propagiert werden sollte. Mit dabei: Vier Aktivisten der „Jugend für das Leben“, die am Eingang zur Pressekonferenz einen „Beipackzettel“ über Gynmed verteilten. Der machte die Journalisten darauf aufmerksam, dass jede Mutter, die sich durch eine Beratung bei Gynmed für ihr Kind entscheidet, einen Verlust für das Geschäft der Abtreibungsklinik bedeutet. Weiter enthielt der „Beipackzettel“ die Forderung nach objektiver Berichterstat-

tung und Informationsfreiheit für Frauen zum Thema Schwangerschaftsabbruch. Der Einsatz hat sich gelohnt: Die Zeitungen berichteten weder über den Kongress, noch über die „Jugend für das Leben“. Die Absicht von Gynmed, via Medien Stimmung für ein „Recht auf Abtreibung“ zu machen, ging also nicht auf.

Jugend für das Leben

Jugend für das Leben ist eine katholische Initiative junger Menschen, die seit 1997 als eigenständiger Verein organisiert und von der Österreichischen Bischofskonferenz anerkannt ist. Auf der Grundlage der Enzyklika Evangelium Vitae von Johannes Paul II. setzt sich die Jugend für das Leben für den Schutz der ungeborenen Kinder ein. Durch Aktion, Information und Bildung im christlichen Geist weist sie auf die unantastbare Würde jedes Menschen hin; ohne zu verurteilen, aber auch ohne zu verharmlosen.

In ihrer Arbeit setzt die Jugend für das Leben auf konkrete Aktionen (Lichterketten, Straßeneinsätze, Schweigemärsche, Vorträge, Infostände, Dia-Shows), um die Kultur des Lebens in der Gesellschaft zu verbreiten. Außerdem beugen ihre Mitglieder der Abtreibung vor, indem sie in Schulen gehen und Schülerinnen und Schüler über Ursachen, Fakten und Auswirkungen der Abtreibung informieren. Aufklärungsarbeit leistet die Jugend für das Leben auch in Pfarren und Jugendgruppen durch Vorträge und Seminare zu den Themen Abtreibung und Sexualität. Durch gezielte Medienarbeit macht sie die Öffentlichkeit auf das Lebensrecht der Ungeborenen aufmerksam. Der Verein umfasst etwa 30 ehrenamtliche Mitarbeiter und vielen Freunden, die der Vereinigung nahe stehen.

Mehr dazu:
www.jugendfuerdasleben.at

Anschrift:
Jugend für das Leben
Starhembergstr. 66/20
4020 Linz
Österreich